

presse

Gemeinsamer Aktionsplan für Bildungschancen für Flüchtlinge gefordert

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung:

Derzeit wird in Deutschland viel über Bildungschancen von Flüchtlingen diskutiert. Dies sollte eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sein. Es braucht einen gemeinsamen Aktionsplan.

„Bildung ist ein Menschenrecht. Die Bildungschancen und Bildungsmöglichkeiten auch für die Kinder und Jugendlichen unter den Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, rücken deshalb stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, als es bislang der Fall gewesen ist. Die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz der Länder, Brunhild Kurth, hat Recht, wenn sie jetzt zügig die Vorlage eines Konzeptes zur Betreuung und Bildung von Flüchtlingskindern und jugendlichen in Kindergarten, Schule und Berufsausbildung einfordert.

Dabei hilft es aber nicht weiter, nur mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Die Forderung von Betreuung und Bildung ist vielmehr eine Gesamtaufgabe von Kommunen, Ländern und dem Bund. Das Ziel muss sein, dass überall in Deutschland möglichst gleichwertige Bildungsangebote auch unter schwierigen Bedingungen für die zu uns gekommenen Kinder und Jugendlichen gemacht werden können. Hier braucht es dringend einen übergreifenden Aktionsplan, der Konzept, Personalkapazitäten und Finanzbedarf einschließt.

Erst wenn diese Grundlagen gelegt sind, kann auch qualifiziert über eine Aufteilung des Finanzbedarfs von Bund, Ländern und Kommunen zur Sicherung von Betreuung und Bildung verhandelt werden. Dabei ist jetzt schon klar, dass das Recht auf Bildung auf jeder staatliche Ebene beträchtliche zusätzliche Mittel erfordert. Aber auch hier gilt die alte Erkenntnis: Bildung erfordert Geld. Nur

keine Bildung erfordert noch mehr Geld.“